

Rieſer Tagheblatt

Drahtseilbahn
Zugseilbahn Wiesa.
Grenze Nr. 20.
Vorjahr Nr. 12.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen beständige Blatt.

Wettbewerbs-
Dessau 1880
Glocken
Wiege Ex. 53

K 219.

Dienstag, 18. September 1928, abends.

81. Stabro.

Das Weisse Tageblatt erledigt jeden Tag abende 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zettelgebühr. Für den Fall des Mindestens von Produktionssteigerungen, Schöpfungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Jägerzeit bis Rücknahme des Aufgabebetrages sind bis 9 Uhr vermittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewidde für das erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Bezugspreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Gewandschrift-Zeile (6 Silben) 15 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; reitenden und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Beste Tarife. Genehmigter Rabatt entfällt, wenn der Betrag verfällt, kann Klage eingezogen werden muss über der Auftraggeber in Ronduit gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichttägige Unterhaltungsbeiträge zahlbar an der Elbe". — Um Stelle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiges irgendwelcher Störungen bei Betrieb der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Einfluss auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69. Benanntestell für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Gurney's Serengeti.

Es scheint, als ob der Balkan immer noch der alte Hegenkessel bleibe; und sich diesen traurigen Vorhang auch von dem übrigen Europa nicht freiig machen lassen wollte, so sehr nach dem Ausgang des Weltkrieges auch Europa balkanisiert worden ist. Ruhe würde es auf der südöstlichen Halbinsel Europas wohl nur geben können, wenn die dort wohnenden Völker sich irgendwie zu einer staatlichen Gemeinschaft oder doch wenigstens zu einem dauernden Bündnis vereinigt, um dadurch die Einmischung fremder Mächte mit Erfolg abwehren zu können. Gemeinsame Interessen hätten sie dazu genug; ungefähr ebenso viel wie die deutschen, französischen und italienischen Schweizer, die auch nur durch die Begründung der Eidgenossenschaft ihr endlich von dem harten Schicksal erlösen konnten, ewig von stärkeren Nachbarn zerrissen und für deren Zwecke nutzbar gemacht zu werden. Auf dem Balkan scheint es leider mit solcher vernünftigen Einsicht noch gute Weile zu haben. Die Eifersüchtelien zwischen den einzelnen Balkanstaaten stehen späfiger in Blüte denn je und bieten den verschiedensten Großmächten wieder willkommene Gelegenheit, damit ihre eigenen politischen Geschäfte zu machen.

Die Königskrönung in Albanien bedeutet wie ein Scheinwerfer die neue Situation. Daß Ahmed Zogu nichts anderes als ein Werkzeug in der Hand Italiens ist, darüber täuscht sich in der weiten Welt wohl niemand, der sich irgendwie um Politik kümmert. Die freundlich-schäfliche Vergrößerung, die zwischen dem albanischen Zwergenkönig und dem italienischen Schattenkönig als erste ausgetauscht wurde, lädt die Händen hervortreten, die da über die Adria hinüber angespannt worden sind. Ahmed Zogu soll aber nicht so sehr ein Repräsentant des kleinen albanischen Staates als vielmehr ein Repräsentant des ganzen albanischen Volkes sein. Dieses Volk selbst hat nach einem solchen Repräsentanten zwar nicht verlangt, aber für Italien ist ein solcher bequem. Er kann nämlich leicht Ansprüche im Namen des albanischen Volkes stellen, und zu diesem Volke braucht man nicht etwa nur die dreihunderttausend Bewohner Albaniens zu zählen, sondern kann hinzurechnen die etwa 1 Million albanischer Bewohner anderer Staaten. Es wohnen nämlich mehr Albaner in Jugoslawien als im eigentlichen Albanien. So bedeutet das albanische Königstum einen ewigen Stachel, den Italien nach Belieben gegen Jugoslawien wird gebrauchen können. Und das war der eigentliche Zweck der Uebung. Jugoslawien ist durch den Zwiespalt zwischen Serben und Kroaten zerrißt. Sollte daraus der völlige politische Zerfall folgen, so würde Italien die Gelegenheit zu nutzen wissen. Bekanntlich hat sich auch Italien von dem Einschreiten der Großmächte in Bulgarien zurückgehalten. Dort haben sich England und Frankreich unbelastet gemacht, indem sie die Auflösung aller mazedonischen Vereinigungen verlangten und dadurch eine schwere Regierungskrise herausbeschworen. Warum aber sollte es Italien mit Bulgarien verderben? Wer weiß, ob man nicht auch einmal wieder an den Bulgaren eine wertvolle Stütze gegen die Serben finden könnte? Einstweilen führt man ihnen unter der Diktaturierung als "Orangen" Munition zu. Jedenfalls würde man Mazedonien lieber dem bulgarischen als dem jugoslawischen Staate gönnen. Aus dieser Stimmung heraus fand man dann leicht die schöne Geste, eine Einmischung in die innere Politik Bulgariens anzunehmen.

gärtens abzulehnen.

In schwieriger Situation ist diesen Intrigen gegenüber Griechenland. Italien macht ihm Versprechungen und hofft in der mazedonischen Frage zwischen Bulgaren und Griechen vermitteln zu können. Dass sich die griechischen politischen Beziehungen unter dem alten Venizelos nach der liberalen und republikanischen Seite hin konsolidieren, ist für den italienischen Faschismus nicht gerade bequem. Venizelos ist außerdem sehr nach der französischen Seite hin orientiert und sucht neuerdings Sicherung durch ein Bündnis mit der Türkei. Wie weit er sich dabei auch mit Italien verständigen kann, ist noch eine offene Frage. Er will selbst nach Rom reisen, um den griechisch-italienischen Vertrag dort zum Abschluss zu bringen und gleichzeitig einen griechisch-italienischen Vertrag zu erreichen. Er hat in dieser Beziehung Mussolini schon bei den letzten Wahlen in Griechenland eine weitgehende Koncession gemacht. Er stach von seiner Kandidatenliste den bekannten Abgeordneten Stephanos Gerwos, einen schroffen Gegner Italiens, und ersetzte ihn auf Wunsch der italienischen Gesandtschaft durch einen politischen Freund Italiens. Das war keine unbedeutende politische Aktion, denn hinter ihr steht der ausdrückliche Verzicht auf den Dodekanes, jene Kykladen-Insel-Gruppe, die Italien seit seinem Türkenkriege der kleinasiatischen Küste gegenüber besetzt hält. Die Bevölkerung dieser Inseln ist durchaus griechisch. Deshalb ist das Verlangen des griechischen Volkes wohl begreiflich, mit dieser seit Jahrtausenden zur griechischen Kulturstadt gehörenden Bevölkerung wieder vereinigt zu werden. Venizelos kann dieses große Opfer nicht umsonst gebracht haben. Er legt auch Wert darauf, die Verhandlungen mit Mussolini persönlich zu führen. Er rechnet wahrscheinlich damit, dass Italien zu großen Konzessionen in der mazedonischen Frage bereit sein würde, wenn es auch Griechenland dem Ring anschließe, durch den Jugoslawien eingekreist werden soll. Man sieht also, dass auf dem Balkan manch gewagtes Spiel gespielt wird. Man wird auf ihn achtgeben müssen, wie vor irgendwann in der Weltkriegszeit, und wird die Leute nicht vergessen dürfen, dass auf dem Balkan die ersten Kapitale des Weltkriegs losgingen.

Die „Ergebnisse“ von Genf

Kann man hier überhaupt von Ergebnissen sprechen? Wer sich das amtliche Kommuniqué durchliest, das nach Beendigung der Aussprache der sechs Wächte am Sonntagnachmittag ausgetragen wurde, wird angeleitet der Inhaltlosigkeit des Wortlaufs zwangsläufig zu der Überzeugung geführt, daß gerade diese Inhaltlosigkeit eine Rückschlüsse auf die Gegenstandslosigkeit eines Ergebnisses erlaubt. Man wird vielleicht sagen können, daß die offizielle Mitteilung über die Eröffnung von Verhandlungen in der Frage der vorzeitigen Rheinlandabtümung immerhin etwas Politisches bedeuten könnte. Formal genommen kann dies auch richtig sein. Aber was nutzen offizielle Verhandlungen, wenn vornehmlich feststeht, daß ein Ergebnis nur gefunden werden kann, wenn der eine oder der andere Partner restlos umfällt. Daß die Gegenseite Frankreich und England nicht "umfallen" werden, wird wohl kaum anzuzweifeln. Also müßte es an Deutschland liegen, umzufallen. Welchen Umfall die Gegenseite dann als eine erfreuliche deutsche Initiative bezeichnen würde. Wenn man sich dann nach der Sonntagsaussprache in Gent gewordene Situation vergegenwärtigen will, so muß man sich weniger an den Wortlaut des amtlichen Kommunikates halten, als mehr an die Erklärungen des englischen Vertreters Lord Eusthenden an die Pressevertreter. In diesen Mitteilungen ist recht wenig von einem Ergebnis zu erkennen. Sie sind im Grunde genommen nichts anderes als die nochmalige Formulierung der Leistungen, die Deutschland für eine etwaige vorzeitige Abtümung des Rheinlandes zu zahlen hätte. Außerdem sind diese Forderungen, die zum größten Teil erfreulicherweise von Reichskanzler Hermann Müller als völlig untragbar für die deutschen Interessen zurückgewiesen wurden. Eusthenden erklärt, daß es jetzt Aufgabe der deutschen Regierung sei, Vorschläge über die Regelung der Reparationsfrage zu machen, daß England die gleiche Summe erhalten wolle, die es den Vereinigten Staaten zu zahlen habe, daß in der sogenannten "Feststellungs- und Vergleichskommission" die Mitwirkung eines deutschen Vertreters noch nicht sicher sei, daß diese Kommission sich nur mit den Dingen in der entmilitarisierten deutschen Rheinlandzone zu beschäftigen habe, keineswegs aber mit Dingen, die außerhalb der deutschen Grenzen liegen. Diese Mitteilungen Eusthenden dürften das "Ergebnis" der letzten Sonntags-Aussprache in Gent zweifellos wiedergeben. Man hat also zu erkennen, daß die deutsche Delegation nach wie vor der Einlegung einer Feststellungs- und Vergleichskommission nur dann zustimmen will, wenn diese Dauer bis zum Ablauf der Besetzungstritten, also bis 1935, beschränkt wird, daß die Gegenseite aber entschlossen zu sein scheint, diese verlaufte Kontrollinstanz als eine dauernde Einrichtung einzufügen. Immerhin haben die letzten Erörterungen in Gent eine sehr wichtige Klarheit erbracht: Frankreich hat offen zugegeben, daß es die Besetzung im Rheinland nicht mehr als einen Faktor für die Sicherheit des Landes betrachtet, sondern nur als ein Handelsobjekt, das einen bestimmten Preis kostet. Dieser Erkenntnis wird auf manche Kreise des deutschen Volkes desillusionierend wirken. Das gibt aber Berechtigung zu der Hoffnung, daß man in Deutschland jetzt einmütig die sogenannte französische Verständigungspolitik als das erkennt, was sie ist, nämlich als den Versuch, den Versailler Vertrag auszubauen und weiterhin möglichst viel aus dem ausgebliebenen Deutschland herauszuholzen.

Englische Blätter zur Räumungsfrage.

London. Wilson Harris brachte der Daily News und Westminster Gazette aus Genf, daß die Räumungserklärungen zu einem sehr beträchtlichen Erfolg geführt hätten. Die wesentliche Tatsache, die sich aus den Versprechen ergebe, sei, daß eine verhältnismäßig baldige Räumung des Rheinlandes mit Zuversicht erwartet werden könne. Was die Festsetzung der deutschen Gewaltverpflichtungen betreffe, so sei die Summe von 40 oder 45 Milliarden erwähnt worden. Man deute an, das diese Summe genügen müsse, um die Schulden der europäischen Alliierten an Amerika zu decken.

Daily Chronicle erblickt in dem Ergebnis der Genfer Besprechungen einen tatsächlichen Fortschritt. Das Wohinommen bringe zum ersten Male die Frage der baldigen Rheinlandräumung in den Bereich der praktischen Politik. Frankreich sei endlich bereit, die Räumungsfrage zu erörtern. Das Blatt betont, daß, nachdem einmal die Rheinlandräumung in den Vordergrund der europäischen Politik gestellt worden sei, sie nicht leicht aufgegeben werden könne. Eine volle endgültige Regelung der Reparationsfrage, die kaum ohne die Intervention Amerikas erfolgen könne, wer-

Die schwedischen Reichstagswahlen.

* Stockholm. (Selarion.) Nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen erhielten bei den Reichstagswahlen die Kommunisten 6 Sitze, die Konservativen 67, die Sozialdemokraten 88, der Bauerbund 26, die Liberalen 3 und die Freisinnigen 27 Sitze. Die Einbuße des Sozialdemokraten an Stimmen ist besonders in Nord schweden groß. Die Urteile hierfür sieht man in erste Linie in dem verlustbringenden Eisengrubenstreit. Interessant ist das Stimmenvorhängnis im Grubenbezirk Norrbotten. Dort erhielten die Konservativen 22 351, die Kommunisten 6227, die Sozialdemokraten 14 526 und die Liberalen 11 322.

jedoch internationale Finanzfragen auf, die sich als vielleicht noch schwieriger erweisen würden als die Regelung, die durch den Dawes-Plan erzielt worden sei.

Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph schreibt: In diplomatischen Kreisen brüder man Beiriedigung über die Genfer Vereinbarung aus, jedoch versucht man nicht, anzudeuten, daß irgendwelche konkreten Ergebnisse erzielt worden sind oder doch ihre Erzielung leicht sein und bald erfolgen werde. Nach Ansicht des Korrespondenten kann die Finanzkommission nur eine Unternehmungskommission für die Möglichkeiten der Ausbringung eines Dawes-Gütenbahn-Konkurs sein.

Französische Blätter über die Beratungen des Sechsmächteausschusses.

(Paris.) Zu dem Abschluß der Beratungen des
Gesamtmächteausschusses in Genf schreibt Matin: Der gestrige
Tag war von außerordentlicher Bedeutung. Die Probleme,
die sich aus dem Krieg ergeben haben, sind bisher nicht ge-
regelt worden. In London hat man 1924 eine praktische,
aber revisionsbedürftige Regelung der Reparationsfrage
vorgenommen. Locarno hat eine Regelung der Sicherungs-
frage gebracht. Diese Regelung ließ jedoch eine militärische
Besetzung bestehen, die im Hinblick auf den Geist, der die
Politik inspirierte, ein wenig paradox war. Heute handelt
es sich darum, auf diesem Gebiete das Einstweilige durch
einständiges zu ersetzen unter Gewährung gegenseitiger
Begünstigungen. Briand hat die feste Absicht, hier ganze
Arbeit zu leisten.

Petit Parisien sagt: Der gefürchtete Beschluss trägt in sich viel oder wenig — viel für die endgültige Beseitigung der moralischen Konflikte, die sich aus dem Kriege ergeben, nichts, wenn Deutschland nicht vollkommenen Neutralität in der Übernahme seiner Verpflichtungen gegen die Alliierten und besonders gegen Frankreich zeigt.

Petit Journal führt aus: Keine Modularität ist im vor- und festgelegt worden, weder was die Sicherheit, noch was die Schuldenfrage betrifft. Die Sachverständigen werden zusammentreten. Sie werden sich in voller Freiheit aussprechen und arbeiten. Aber es ist schon etwas Großes, daß man sich nicht mehr über die Grundsätze streitet.

Im *Cho de Paris* heißt es: Angefischt der Haltung der englischen Delegation hätte der französische Unterhändler die jetzigen Verhandlungen vermeiden können. Er hat aber die Verhandlungen beschleunigt und, da nun einmal die Partie eröffnet ist, konnte sich Lord Lansdowne nur an die Erklärungen Chamberlains im Unterhaus halten und sich für die allgemeine These der Räumung aussprechen. So wird also die deutsche Forderung, die der Reichskanzler in ihrer ganzen Stärke sowie in ihrem Charakter als moralische und juristische Forderung aufrecht erhalten wird, bald einen mächtigen Antrieb finden.

Denre schreibt: Was die Einzelheiten der Verhandlungen betrifft, also die Fragen, ob die Regelung der Rheinlandräumung verbunden wird mit der der Reparationen oder der Schulden, oder ob sie bei den Regelungen nur nebeneinander herlaufen, ob der Feststellungsanschluß beschränkt oder unbeschränkte Zeitdauer haben wird, das wird Gegenstand der einzuleitenden Verhandlungen sein. Wesentlich ist, daß man sich darüber verständigt hat, daß man sich ver-

Eine Nouvelle bemerkt: Es handelt sich nicht um den Triumph eines Ideals, es ist vielmehr ein Triumph des praktischen Sinnes, den man in den Dienst eines Ideals gestellt hat.

Im sozialistischen Vorausleite schreibt Leon Blum: Wir wollen nicht verhehlen, daß dieses grundsätzliche Abkommen auf Grund eines Planes erzielt worden ist, den wir immer abgelehnt haben, nämlich den Plan der Gegenleistung und des Rückhandels. Wir wünschen trotzdem, daß er zu einem guten Einverständnis führt.

Nur nicht Zancr-Controll

abs. Der Vorliegende des Wirtschafts-Ausschusses für die belebten Gebiete, Reichstagsabg. Dr. Ralle, hat dem Reichskabinett ein Schreiben angehen lassen, in welchem der sämtliche Wirtschaftszweige des noch belebten Gebietes umfassende Ausschuh die Reichsregierung erlucht, wegen einer fühlbaren Räumung keine neuen Verpflichtungen, wie etwa die Einführung einer Dauer-Kontrolle, zuzugestellen. Ob Deutschland nun Opfer angemessen werden, wolle das Rheinland lieber die Bezahlungshot bis zum Endtermin tragen.

munisten 11 928 Stimmen. Die Blätter stellen fest, daß die Zahl der kommunistischen Stimmen in einigen Bezirken stark angestiegen habe. In mehreren Städten seien hundert vom Hundert mehr kommunistische Stimmen abgegeben worden, als bei der Wahl im Jahre 1924. Die Kommunisten erhoffen einen noch größeren Gewinn bei der Wahl in Stockholm, die am Freitag stattfindet.

In politischen Kreisen schlägt man die bürgerliche Mehrheit der zweiten Kammer an 84 Stimmen. 98 Sozialdemokraten und Kommunisten stehen 182 bürgerliche Bauernbund, Liberale und Freisinnige gegenüber. Wahrscheinlich wird Admiral Lindman, der die Konservativen im Wahlkampf glänzend geführt hat, vom König den Auftrag erhalten, das neue Ministerium zu bilden.